

Teil 1

SCHULORDNUNG

1.1 Schülercharta

Art. 1: Grundsätze

Die Schule ist eine Erziehungsgemeinschaft, in der die Schüler Träger von Rechten und Pflichten sind. Diese gründen auf der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den internationalen Rechten des Kindes, der europäischen Menschenrechtskonvention, der italienischen Verfassung, den staatlichen Gesetzen, den Landesgesetzen und der Schulgesetzgebung.

Rechte und Pflichten beziehen sich auf drei wesentliche Bereiche: Achtung der Person und der Umwelt, Qualität der Dienstleistung, Mitarbeit.

An der Wahrnehmung der in dieser Charta angeführten Rechte und Pflichten wirken die Schüler ihrem Alter gemäß mit.

Die interne Schulordnung wird unter Beachtung der Grundsätze und Bestimmungen dieser Schülercharta genehmigt.

Art. 2: Achtung der Person und der Umwelt

Der Schüler hat das Recht in seinem Ich-Sein, in seiner Eigenheit und in seiner Persönlichkeit angenommen zu werden.

Der Schüler hat ein Recht auf eine Erziehung, in der all seine grundlegenden Rechte und Freiheiten berücksichtigt werden. Diese Rechte und Freiheiten werden in der Schulgemeinschaft durch demokratisches und solidarisches Zusammenleben gewährleistet. Dazu gehören auch korrekte Umgangsformen und die Anerkennung der Unterschiede.

Der Schüler hat das Recht auf Schutz seiner Privatsphäre: Daten persönlicher Natur dürfen nur zum Zweck einer besseren Erziehungs- und Bildungsarbeit verlangt werden.

Der Schüler hat das Recht auf gesunde, sichere und einladende Lebensräume, in denen er sich wohlfühlen und gut lernen kann. Diese erleichtern das Lernen, die Begegnung und das Gespräch untereinander und tragen zu einer hohen Lebensqualität in der Schule bei.

Der Schüler hat die Pflicht, Eigenheiten der anderen genauso zu achten wie seine eigenen.

Der Schüler hat die Pflicht, Schulgebäude und Einrichtungen der Schule als persönliches Gut schonend zu behandeln.

Der Schüler hat die Pflicht, mit allen Mitgliedern der Schulgemeinschaft zusammen zu arbeiten und deren Aufgaben und Pflichten zu respektieren.

Der Schüler hat die Pflicht sich an die Schulordnung und an die Sicherheitsbestimmungen zu halten.

Art. 3: Qualität der Dienstleistungen

Der Schüler hat das Recht auf gute und zielführende Bildungsangebote. Diese umfassen auch die erzieherische und didaktische Kontinuität.

Der Schüler hat das Recht auf eine Schule, die ihm hilft zu lernen.

Der Unterricht soll dem Schüler vielseitige Lernwege und persönliches Arbeitstempo ermöglichen. Jeder soll seiner Begabung entsprechend gefördert werden.

Der Schüler hat das Recht auf ein Bildungsangebot, das – auch unterstützt durch die neuesten Lernmittel und Technologien – den Lernprozess fördert und das Lernen lernen im

Hinblick auf lebenslanges Lernen ermöglicht. Dazu sollen den Schülern Einblicke in ihr Umfeld durch Lehrausgänge und Einladung von Experten geboten werden.

Der Schüler hat das Recht auf einen guten zeitgemäßen und effizienten Unterricht, der auf sprachliche Korrektheit Wert legt und dessen Ziele, Inhalte und Methoden klar sind.

Der Schüler hat das Recht auf eine gerechte Bewertung, deren Formen, Kriterien und Abläufe klar definiert sind, die sich auf viele Beobachtungselemente stützt und zeitlich ausgewogen verteilt ist. Um dem Schüler die Selbsteinschätzung zu ermöglichen, wird mit ihm die Bewertung besprochen. Unmittelbar nach Ferien, Sonn- und Feiertagen dürfen keine Lernzielkontrollen durchgeführt werden, außer sie werden zwischen Schülern und Lehrern vereinbart.

Der Schüler hat das Recht auf eine klare Information über seine erzielten Lernfortschritte und Lernerfolge. Sollte seine Versetzung gefährdet sein, werden Schüler und Familie Anfang Mai darüber informiert.

Der Schüler hat das Recht auf ergänzende und zusätzliche Bildungsangebote.

Der Schüler hat die Pflicht, zur Erreichung der individuellen und allgemeinen Bildungsziele beizutragen, indem er pünktlich und regelmäßig den Unterricht und die schulischen Veranstaltungen besucht und mit Einsatz lernt.

Der Schüler hat die Pflicht, bei Abwesenheit eine schriftliche Begründung vorzulegen. Er darf sich auch nicht ohne Erlaubnis des Lehrers vom Schulgelände bzw. bei Ausgängen und Ausflügen von der Gruppe entfernen.

Art. 4: Mitarbeit

Der Schüler hat das Recht, über Bildungs- und Unterrichtsziele, Inhalte und Lernangebote, seinem Alter entsprechend informiert zu werden.

Der Schüler hat das Recht, seine persönliche Meinung zu äußern und Vorschläge für das Schulleben einzubringen.

Der Schüler hat das Recht, Meinungen in Vertretung anderer Schüler vorzubringen.

Der Schüler hat die Pflicht, Meinungen und Gedanken der anderen zu respektieren. Er soll dazu beitragen, jede Form von Gewalt und Vorurteil zu vermeiden.

Der Schüler hat die Pflicht, schulische Gesetze und Verordnungen zu beachten und die Regeln des menschlichen Zusammenlebens einhalten.

Der Schüler hat die Pflicht, seinem Alter entsprechend Schritt für Schritt mehr Verantwortung zu übernehmen.

Art. 5: Pädagogische Maßnahmen und Disziplinarmaßnahmen

Alle, die in der Schule arbeiten, haben ein Recht auf Wertschätzung.

1. Grundsätze:

Die Disziplinarordnung dient dazu, die Rechte des Schülers und aller Mitglieder der Schulgemeinschaft zu sichern, das Leben und Lernen in der Gruppe zu fördern und zu regeln.

Die Art des Umgangs ist nicht nur von hohem erzieherischen Wert und Ausdruck der gegenseitigen Wertschätzung, sondern auch Voraussetzung für eine konstruktive und qualitätsvolle Zusammenarbeit.

Erfolgreiches Lernen setzt Mitarbeit, Konzentration und in bestimmten Unterrichtsphasen Ruhe und Ordnung voraus. Jeder Schüler trägt durch rücksichtsvolles und korrektes Verhalten dazu bei, damit er und seine Mitschüler erfolgreich lernen können, auch während der unterrichtsbegleitenden Tätigkeiten.

Bei der Umsetzung der Disziplinarordnung ist es von grundlegender Bedeutung, die jeweilige Situation in ihrer Komplexität zu sehen und zu berücksichtigen, um die bestmöglichen pädagogischen Maßnahmen treffen zu können.

2. Verhaltensweisen, die als Disziplinarverstöße gelten und die diesbezüglichen Maßnahmen:

2.1 Verstöße gegen die Regeln des menschlichen Zusammenlebens

- Störung des Unterrichtes, die das Lernen der Mitschüler beeinträchtigt
- Beleidigung der Mitschüler und der Lehrpersonen
- Anleitung von Mitschülern zu schädigenden Handlungen
- mutwilliges Zerstören und Beschädigen von fremdem Eigentum
- unkorrekter Umgang mit fremdem Eigentum; Diebstahl
- grobes aggressives Verhalten Mitschülern oder Vorgesetzten gegenüber
- erpresserisches Verhalten
- mutwilliges Zufügen von körperlichen und psychischen Verletzungen
- Mensabesuch:
 - * mehrmalige Missachtung der Anweisungen der Aufsichtspersonen in der Mensa
 - * unerlaubtes Verlassen des Schulhofes in der Mittagspause

2.2 Verstöße gegen die Schulpflichten

- Unregelmäßiger Schulbesuch
- Unpünktlichkeit
- Nichteinhalten der Schulordnung
- Nichtbeachten der Regeln zum Schutz der eigenen Person und der anderen
- Wiederholtes Verweigern der Mitarbeit
- Fehlende Unterschriften der Erziehungsberechtigten bei Mitteilungen zu Lehrausflügen und Lehrausgängen (bis zum Tag vor der Veranstaltung)
- Vergessen des Fahrradhelmes bei geplanten Fahrradausflügen

2.3 Sanktionen und Maßnahmen

Disziplinarmaßnahmen dürfen die Persönlichkeit des Schülers nicht verletzen. Sie haben immer eine erzieherische Zielsetzung. Das Verantwortungsgefühl des Schülers soll gestärkt werden, indem er zu korrektem Verhalten gegenüber der Schulgemeinschaft angehalten wird, sowie dazu, angerichtete Schäden wieder gut zu machen. Bei allen Maßnahmen steht der pädagogische Zweck im Vordergrund. - (Möglichkeiten der Wiedergutmachung, der Entschuldigung, Vereinbarungen) - Bestraft werden soll die Tat, nicht der Mensch.

Vor der Verhängung von Disziplinarmaßnahmen muss der Schüler die Gelegenheit erhalten, die Gründe für sein Verhalten darzulegen.

Eine freie Meinungsäußerung, welche korrekt und ohne die Persönlichkeit eines anderen zu verletzen, vorgebracht wird, kann niemals bestraft werden.

Disziplinarmaßnahmen berücksichtigen die persönliche Lage des Schülers.

Die Schülereltern werden über die Vorgangsweisen der Schule in Kenntnis gesetzt.

Disziplinarmaßnahmen dürfen die Leistungsbewertung in keiner Weise beeinflussen.

Kollektivstrafen werden nicht verhängt.

2.4 Mögliche Vorgangsweisen:

- Werden Regeln nicht eingehalten, wird in der Klasse darüber gesprochen und es werden Maßnahmen vereinbart.
- Die Lehrperson führt mit dem Schüler ein ernsthaftes Gespräch; sie ermahnt ihn und macht ihn auf mögliche Folgen aufmerksam. Dieses Gespräch kann in Ausnahmefällen auch während der Pause im Schulhaus erfolgen.
- Zusätzliche Übungen, Reflexion über das eigene Verhalten, Entschuldigungsschreiben, in der Schule Versäumtes nachholen, u. a .m. werden beschlossen.
- Mutwillig angerichtete Schäden müssen ersetzt und Verunreinigungen beseitigt werden.
- Die Lehrpersonen laden die Schülereltern zu einer Aussprache ein. In dieses Gespräch kann auch der betroffene Schüler mit einbezogen werden.
- Es besteht die Möglichkeit, Beratungsstellen (schulintern und –extern) einzuschalten, um neue Blickwinkel zu eröffnen.
- Eltern, Lehrer und Berater bzw. Moderatoren treffen sich zu einer Aussprache. Der betroffene Schüler wird darüber informiert und kann bei dem Gespräch auch anwesend sein.
- Die Teilnahme an Lehrausgängen oder Theaterbesuchen wird gestrichen. Die Eltern bzw. die Erziehungsberechtigten werden darüber informiert.
- Wenn der reguläre Unterricht durch dauerndes Stören eines/einer Schülers/Schülerin nicht mehr gewährleistet ist, bzw. wenn durch aggressives Verhalten die Unversehrtheit der Mitschüler beeinträchtigt ist, kann als Dringlichkeitsmaßnahme ein Kind aus der Klasse entfernt werden.
- Bei Straftaten oder wenn Gefahr für die Unversehrtheit von Personen besteht, kann die Schuldirektorin auf Vorschlag des Klassenrates den Ausschluss eines Schülers aus der Schulgemeinschaft für höchstens 5 Tage beschließen.

- Bei Nichteinhaltung von Punkt. 2.2. (fehlende Unterschrift, fehlender Fahrradhelm.....) wird die Teilnahme am Lehrausflug, Lehrausgang bzw. Radausflug verweigert.
- Mensabesuch: bei Nichteinhaltung von Punkt 2.1 werden die Eltern über das Verhalten ihres Kindes schriftlich informiert und auf einen dreiwöchigen Ausschluss vom Mensabesuch hingewiesen.
- Verstößt das Kind weiterhin gegen die Regeln – Mensabesuch Pkt. 2.1 - , tritt der dreiwöchige Ausschluss von der Mensa in Kraft. Der Ausschluss wird durch die Schuldirektorin und den Stadtrat der Gemeinde Bruneck verfügt.
- Wiederholte Unpünktlichkeit beim Schuleintritt: es erfolgt ein Gespräch zwischen Lehrperson und Eltern; dauert die Unpünktlichkeit weiterhin an, erhalten die Eltern ein Schreiben der Schuldirektion, in welchem die Meldung wegen Nichteinhaltung der Schulpflicht bei den zuständigen Behörden (Sozialsprengel Bruneck und Umgebung) angekündigt wird.

Die einzelnen Maßnahmen sollen unmittelbar auf die Disziplinarverstöße folgen, damit die Wirksamkeit derselben auch gegeben ist.

3. Formale Richtlinien

Disziplinarmaßnahmen werden im Team besprochen und gemeinsam durchgezogen. Verhalten und verhängte Disziplinarmaßnahmen werden im Lehrerregister vermerkt. Bei einem Ausschluss von einem gemeinsamen Vorhaben wird der Schüler für diese Zeit von einem Lehrer oder von den Eltern betreut.

Beim Ausschluss aus der Schulgemeinschaft werden die Eltern mit einem eingeschriebenen Brief mit Rückantwort informiert.

4. Die schulinterne Schlichtungskommission

An der Direktion wird eine Schlichtungskommission eingerichtet. Sie arbeitet auf der Grundlage der Geschäftsordnung, welche bei der konstituierenden Sitzung am 19.12.2003 erstellt wurde.

Die Schlichtungskommission entscheidet über Rekurse, gegen verfügte Disziplinarmaßnahmen und über Anfragen bezüglich der Auslegung und Verletzung der Schülercharta.

Die Entscheidungen müssen innerhalb von 5 Tagen nach Einreichung der Rekurse getroffen und unumgänglich den Beschwerdeführern mitgeteilt werden.

Wahlvorgang siehe Teil 2: Organisation der Schule:

- 2.10 Mitbestimmungsgremien – schulinterne Wahlordnung
- 2.10.10 schulinterne Schlichtungskommission)

Art. 6: Rekurse

Gibt es Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung und Anwendung der Schülercharta, können Erziehungsberechtigte innerhalb von 3 Tagen bei der Schlichtungskommission der Schule Beschwerde einlegen. Dasselbe gilt auch, wenn Eltern mit verhängten Disziplinarmaßnahmen nicht einverstanden sind.

Die Entscheidung der Schlichtungskommission ist verbindlich und kann nur mehr vor dem Verwaltungsgericht angefochten werden.

1.2 Sicherheitsbestimmungen

Die Wahrung der persönlichen Unversehrtheit ist ein vordringliches gesellschaftliches Anliegen. Der Gesetzgeber gibt den Rahmen für die Organisation der persönlichen Sicherheit am Arbeitsplatz vor und verpflichtet die Schulgemeinschaft, einen Mindeststandard an Regelungen zu erlassen. Jeder hat im Rahmen seiner Verantwortung seinen Beitrag zu leisten.

Die Lehrpersonen sind für die kontinuierliche Beaufsichtigung der Schülerinnen und Schüler verantwortlich (Art. 2048 BGB) und haben präventiv geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dass Schülerinnen weder einen Schaden erleiden noch anrichten. Wer untätig bleibt, wenn sich ein Kind in Gefahr begibt bzw. sich darin befindet, macht sich schuldig. Im Konfliktfall muss der Verantwortungsträger beweisen, alles unternommen zu haben, um den Schaden zu vermeiden. Siehe Art. 2048 (zivilrechtliche Haftung von Erziehern, Lehrern und Lehrmeistern) sowie Art. 1176 BGB (Sorgfaltspflicht).

Maßnahmen für die Sicherheit der Schüler

Die Schüler haben die Pflicht, die Schulordnung einzuhalten und die Weisungen der Lehrpersonen zu befolgen.

Die Lehrpersonen haben die Pflicht:

- sich über die Sicherheitsvorschriften (Schul- und Dienstordnung, Rundschreiben, Bestimmungen zur Arbeitssicherheit, Räumungsordnung, Vereinbarungen auf Schulebene zur Beaufsichtigung bei der Pause sowie bei Schulein- und –austritt usw.) im Sprengel bzw. an der Schule genau zu informieren und sie einzuhalten,
- im Unterricht Fragen der persönlichen Sicherheit zu behandeln (siehe Rahmenrichtlinien des Landes), die Kinder auf Gefahren aufmerksam zu machen und das Verantwortungsbewusstsein zu stärken,
- Gefahrenquellen in der Klasse, im Schulhaus und auf dem Schulhof umgehend dem Mitglied der Notfalleinsatzgruppe der Schule oder der SchulSchuldirektorin zu melden,
- anstehende Reparaturen, welche eine Gefahr darstellen oder die Gesundheit beeinträchtigen, sowie Heizungsausfälle und Schäden an den Lichtquellen zu melden,
- die Klasse täglich öfter – unbedingt während der Pause - zu lüften,
- an funktionsuntüchtige Geräte und Einrichtungen ein Schild anzubringen, wenn durch deren Benützung jemand gefährdet wird,
- ansteckende Krankheiten oder Parasitenbefall in der Direktion zu melden,
- bei Schülerunfall Erste Hilfe zu leisten, bei schweren Verletzungen den Rettungsdienst anzufordern, die Erziehungsberechtigten zu verständigen und ihnen das Formular zur Unfallmeldung für den behandelnden Arzt zu übergeben, die Direktion noch am selben Tag in Kenntnis zu setzen,
- in Notsituationen, in denen die Räumung des Schulhauses erforderlich ist, die Räumungsordnung einzuhalten und die Weisungen des Sicherheitsbeauftragten, dem Mitglied der Notfalleinsatzgruppe zu befolgen,
- Fensterbretter frei zu belassen, damit die Fenster schnell und ungehindert geöffnet werden können.

Es ist verboten:

- den Schülern Aufträge zu erteilen, bei denen sie sich in Gefahr begeben könnten (z. B. Besorgungen, Bedienen von gefährlichen Maschinen oder Geräten usw.),
- im Unterricht keine gefährlichen Werkzeuge (wie spitze Scheren, große Messer, Papierschneidemaschinen usw.) sowie gesundheitsschädliche und feuergefährliche Stoffe (wie manche Tintenkiller und Filzstifte, Lacke, Alkohol, Harthölzer, usw.) einzusetzen,
- auf Schränken Gegenstände und Materialien zu lagern, die durch Herabstürzen jemanden verletzen könnten,
- an Beleuchtungskörpern Gegenstände einer bestimmten Schwere zu befestigen, welche die Stabilität beeinträchtigen könnten,
- Elektrogeräte, Kabel und Stecker zu verwenden, die nicht den Sicherheitsbestimmungen entsprechen,
- im gesamten Schulareal zu rauchen.

Bestimmungen zum Arbeitsschutz

„Es gehört auch zu den Pflichten des Arbeitsgebers, die Arbeitnehmer vor Risiko und vor Gefahren zu warnen, Benehmen, die Gefahren verursachen könnten, zu verbieten, bestimmte erforderliche Benehmen zu Zwecken der Sicherheit vorzuschreiben, und Anweisungen über Unfallverhütung und Arbeitssicherheit zu liefern“. (Gesetzesvertretendes Dekret vom 14.08.1996, Nr. 493, Art.2)

Aufgrund obiger Vorschrift, gehen folgende Weisungen an die Lehrpersonen, die Bediensteten in der Verwaltung sowie das Reinigungspersonal.

Lehrpersonen

- Die Lehrpersonen haben die Pflicht, sich mit Besonnenheit und Umsicht am Arbeitsplatz zu verhalten, die Sicherheitsbestimmungen aufmerksam zu studieren und einzuhalten. Sie sind auch verpflichtet, die Fortbildungsangebote zum Arbeitsschutz zu besuchen.
- An den Schulen dürfen keine Stoffe verwendet werden, die als „gefährlich“ eingestuft sind (giftig, ätzend, leicht entflammbar). Die Hersteller führen auf ihren Produkten die entsprechenden Angaben an. Für Farben und Lacke sind von den Firmen Sicherheitsdatenblätter anzufordern.
- Es ist verboten, Gasherde zu verwenden sowie Geräte mit Gaskartuschen oder solche, die unter Vakuum oder Hochdruck stehen.
- Es dürfen nur Elektrogeräte, Verlängerungskabel und Stecker verwendet werden, die den Sicherheitsvorschriften entsprechen. Schäden an Geräten sind umgehend in der Direktion zu melden.
- Jeder hat die Pflicht, in das Benutzerhandbuch der technischen Geräte Einsicht zu nehmen und die Sicherheitsvorschriften einzuhalten, die vom Hersteller angeführt werden. Die Sicherheitssprecher der Schule sorgt dafür, dass die Benutzerhandbücher an der Schule aufliegen und nicht verloren gehen.
- Es ist verboten, an Elektrogeräten Veränderungen oder Reparaturen vorzunehmen.
- Bei der Wartung von Elektrogeräten, die vom Benutzer nicht direkt vorgenommen wird (z.B. Austausch von Lampen in audiovisuellen Medien, Reinigen der Linsen, usw.) ist das entsprechende Gerät immer vom Stromnetz abzuschließen. Die Heizwalze des Fotokopierers und die Lampen von Projektionsgeräten erhitzen sich stark, wenn sie in

Funktion gesetzt sind. Es besteht Gefahr vor Verbrennungen. Deshalb zuwarten, bis diese Objekte abgekühlt sind.

- Es dürfen keine Stühle und Tische als Aufstiegshilfen verwendet werden. Bei der Benutzung von Leitern ist deren Standfestigkeit und Tragfähigkeit zu prüfen.
- Um Stürze zu vermeiden, ist festes Schuhwerk zu tragen.
- Es ist verboten, Schutzvorrichtungen an Maschinen und Geräten zu entfernen.
- Es ist verboten, Sicherheitsschilder umzuhängen oder zu verdecken.
- Wer keine Antikörper gegen die typischen Kinderkrankheiten (Masern, Mumps, Röteln) aufweist, ist einem erhöhtem Risiko ausgesetzt. Eine Gegenimpfung wird empfohlen, wenn keine Gegenindikationen vorliegen.
- Schwangere genießen erhöhten Schutz am Arbeitsplatz. Jene ohne Antikörper gegen Röteln gelten von Beginn der Schwangerschaft an als besonders gefährdet. Sie legen im eigenen Interesse möglichst früh ein entsprechendes ärztliches Zeugnis vor, damit bei der Zuweisung der Dienste ihr Zustand berücksichtigt werden kann.
- Wer bei einem Unfälle Erste Hilfe leistet, hat Schutzhandschuhe zu verwenden, wenn die Umstände es erfordern.
- Lehrpersonen und Betreuer von Schülern mit Behinderung, die größeren körperlichen Anstrengungen ausgesetzt sind (Hebung von Lasten über 20 kg bzw. auch leichteren Lasten unter erschwerten Bedingungen), melden dies in der Direktion, damit eine ärztliche Visite beantragt werden kann.

Bedienstete in der Verwaltung - Schulwart – Raumpflegerinnen

- Sie haben die Pflicht, sich mit Besonnenheit und Umsicht am Arbeitsplatz zu verhalten, die Sicherheitsbestimmungen aufmerksam zu studieren und einzuhalten.
- Im Sekretariat dürfen keine Stoffe verwendet werden, die als „gefährlich“ eingestuft sind (giftig, ätzend, leicht entflammbar). Die Hersteller führen auf ihren Produkten die entsprechenden Angaben an. Für Reinigungsmittel, Farben und Lacke sind von den Firmen Sicherheitsdatenblätter anzufordern.
- Es dürfen nur Elektrogeräte, Kabel / Verlängerungskabel und Stecker verwendet werden, die den Sicherheitsvorschriften entsprechen.
- Jeder hat die Pflicht, in das Benutzerhandbuch der technischen Geräte Einsicht zu nehmen und die Sicherheitsvorschriften einzuhalten, die vom Produzenten angeführt werden.
- Bei der Arbeit am PC ist spätestens nach eineinhalb Stunden eine kurze Pause einzulegen.
- Es dürfen keine Stühle und Tische als Aufstiegshilfen verwendet werden. Bei der Benutzung von Leitern ist deren Standfestigkeit und Tragfähigkeit zu prüfen.
- Um Stürze zu vermeiden, ist festes Schuhwerk zu tragen.
- Es ist verboten, Schutzvorrichtungen an Maschinen und Geräten zu entfernen.
- Von den Aktenschränken mit ausziehbaren Schubladen darf gleichzeitig nicht mehr als eine Schublade geöffnet werden.
- Es ist verboten, auf Schränken Gegenstände und Materialien zu lagern, die durch Herabstürzen jemanden verletzen könnten.
- Wer bei einem Unfälle Erste Hilfe leistet, hat Schutzhandschuhe zu verwenden, wenn die Umstände es erfordern.
- Die Reinigungsmittel müssen in einem verschlossenen Raum verwahrt und dürfen nicht umgeschüttet werden.

Zur Organisation des Arbeitsschutzes

Die Schuldirektorin ernennt mit eigenem Dekret den Arbeitsschutzbeauftragten und die Mitglieder der Notfalleinsatzgruppe.

Der **Arbeitsschutz-Beauftragte** ist der unmittelbare Ansprechpartner für die zentrale Dienststelle für Arbeitsschutz in allen Fragen bezüglich Arbeitssicherheit und Hygiene am Arbeitsplatz.

Brandschutz-Beauftragte, sind mit der Umsetzung der Brandschutzbekämpfungs- und Brandverhütungsmaßnahmen betraut, und leiten bei unmittelbarer und drohender Gefahr die Räumung;

Erste-Hilfe-Beauftragte, leisten Rettung und Erste Hilfe und werden auf jeden Fall in Notfallsituationen tätig

Die Schulstellenleiter bzw. der Schulwart der Grundschule Bruneck führen das Kontrollregister der jeweiligen Schulstelle.

Die Mitglieder der Notfalleinsatzgruppe erstellen in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Arbeitsschutz und in Absprache mit der örtlichen Feuerwehr die Räumungsordnung, organisieren die jährlichen Brandschutzübungen, koordinieren und leiten die Räumung, kümmern sich dabei auch um die Schülerinnen und Schüler mit Behinderung, erfüllen alle weiteren Aufgaben, welche in der Räumungsordnung vorgesehen sind und leisten der Verletzten Erste Hilfe.

All diese Aufgaben dürfen nur vorgenommen werden ohne dabei die eigene Gesundheit oder das eigene Leben in Gefahr zu bringen.

Für weitere Informationen stehen die Mitglieder der Notfalleinsatzgruppe und die Schuldirektorin zur Verfügung.

Rechtsquellen:

- Gesetzesvertretendes Dekret 634/94, Art. 4, 5C
- Gesetzesvertretendes Dekret vom 14.08.1996, Nr. 493, Art. 2
- Legislativgesetz 626/94
- Ministerialdekret vom 10.03. 1998
- Beschluss der Landesregierung vom 08.11.1999 Nr. 4884
- Rundschreiben des Generaldirektors der Autonomen Provinz Bozen vom 10.12.1999

1.3 Verhaltensregeln im Brandfall

Im Falle eines Brandes, dessen Ausmaß nicht abschätzbar ist, ist vom Schulpersonal oder den Lehrpersonen sofort die Nummer **118** anzurufen, um den Brandausbruch zu melden.

Bei Entstehung auch des geringsten Brandherdes ist die gesamte Schule zu räumen. Dabei ist jede Klasse geschlossen durch die jeweils diensttuende Lehrperson ins Freie zu geleiten. Die Klassen sollen die vorgesehenen Fluchtwege benützen, sofern diese nicht durch Feuer oder Rauch versperrt sind.

Sobald die Klassen sicher im Freien angelangt sind, hat die Lehrperson die Schüler der eigenen Klasse abzuzählen. Eventuell fehlende Kinder sollen sofort den Feuerwehrleuten gemeldet werden, um entsprechende Suchaktionen aufnehmen zu können.

Sollten einzelne Schüler in WC- oder Klassenräumen verblieben sein, dann sollen diese im Raum bei geschlossener Tür in Fensternähe auf sich aufmerksam machen, damit sie ehestens von der Feuerwehr bemerkt und über die Fenster in Sicherheit gebracht werden können.

1.4 Schülerunfälle

Schüler sind auf dem Schulweg, in der Schule und bei allen schulischen Veranstaltungen versichert. Verletzt sich ein Schüler, so ist umgehend Hilfe zu leisten und je nach Schwere des Falles sind Maßnahmen für eine geeignete ärztliche Versorgung zu treffen. Auf jeden Fall sind die Eltern und die Direktion umgehend davon zu verständigen.

1.5 Unfälle

Verletzt sich ein Schüler, ist umgehend Hilfe zu leisten und je nach Schwere des Falles sind Maßnahmen für eine geeignete ärztliche Versorgung zu treffen. Von der Schule aus werden die Kinder mit dem Krankenwagen in das Krankenhaus geführt.

Auf jeden Fall sind unverzüglich die Eltern und die Direktion davon in Kenntnis zu setzen. Innerhalb von 15 Tagen muss formale Unfallanzeige auf dem dafür vorgesehenen Formblatt samt ärztlichem Zeugnis über die Direktion an die Versicherung gerichtet werden. Schülerunfälle, während der Unterrichtsfächer Turnen, Werken, während des Arbeitens an elektrischen Geräten (z.B. Computer) und bei sportlichen Betätigungen (z.B. Schwimmen, Eislaufen, Sportfest) gelten als Arbeitsunfälle und müssen innerhalb 48 Stunden über die Direktion beim INAIL und bei der Polizei gemeldet werden. Deshalb sind diese Unfälle noch am selben Tag (auch am Samstag!) in der Direktion zu melden

Arbeitsunfälle von Lehrpersonen (Unfälle in Ausübung des Dienstes) sind sofort in der Direktion zu melden. Unfälle der Lehrpersonen außerhalb des Dienstes durch Verschulden Dritter sind ebenfalls sofort zu melden, weil die Landesverwaltung Regressrechte geltend macht.

1.6 Versicherung

Die Schüler sind auf dem Schulweg, während des Unterrichtes und bei allen schulischen Veranstaltungen versichert. Das Betreten des Schulhauses außerhalb der Unterrichtszeit ist strengstens verboten. Die Schule haftet auch nicht für Schäden, die sich Kinder außerhalb der Dienstzeit der Lehrer im Schulbereich zuziehen oder dort anrichten.

Wenn Schüler auf dem Schulweg einen Unfall erleiden, verständigen die Eltern umgehend die Direktion, dass die Unfallmeldungen termingerecht weitergeleitet werden können. Die Schule haftet nicht, wenn die Meldung durch die Erziehungsberechtigten außer Termin erfolgt.

Die Schulverwaltung übernimmt keine Haftung für Schäden, die Personen erleiden, die sich freiwillig an Initiativen der Schule beteiligen. Außenstehende Personen, die nicht in einem Dienstverhältnis mit der Schule stehen und freiwillig bei unterrichtsbegleitenden Veranstaltungen mithelfen, haften nicht für Schäden, die Kinder in Obhut der Schule anrichten oder erleiden.

1.7 Abwesenheiten der Schüler

Bleibt ein Kind dem Unterricht fern oder kommt es zu spät zum Unterricht, so ist dies von den Eltern schriftlich zu rechtfertigen. Bei Absenzen von mehr als fünf Tagen ist ein ärztliches Zeugnis vorzulegen.

Voraussehbare Absenzen von einem Tag sind vorher bei einem der Klassenlehrer zu beantragen, längere Absenzen beim Direktor. Unvorhergesehene Absenzen werden telefonisch mitgeteilt.

Abwesenheiten, die sich aus Urlaubsgründen der Eltern ergeben, sind nicht erlaubt und gelten als unentschuldigt.

Alle Absenzen werden im Klassenbuch vermerkt.

Sollten die Kinder auf Wunsch der Eltern oder aus Gesundheitsgründen vor Unterrichtsschluss entlassen werden, so sind sie von den Eltern selbst oder von einem anderen Erwachsenen abzuholen

Sollten Schüler den Unterricht nicht besuchen und sollte ein Gespräch mit den Erziehungsberechtigten nicht möglich sein oder erfolglos verlaufen, teilt die Schuldirektorin mit einem eingeschriebenen Brief an die Eltern – zur Kenntnis an das Schulamt, die Wohnsitzgemeinde und die lokalen Sicherheitsbehörden – mit, dass der Bildungspflicht nicht nachgekommen wird. Dasselbe Verfahren wird bei längerem Schulabbruch angewendet. (Rd. Schreiben des Schulamtsleiters Nr. 32/2005)

1.8 Verzicht auf den katholischen Religionsunterricht

Die Schülereltern haben das Recht, die Kinder vom Religionsunterricht abzumelden. Eine entsprechende Erklärung ist bei der Einschreibung zu Beginn einer jeden Schulstufe zu erfolgen und hat, sofern die Entscheidung nicht zu Beginn eines neuen Schuljahres abgeändert wird, für die gesamte Schulstufe Gültigkeit.

Die Schüler, die den Religionsunterricht nicht besuchen, die also darauf verzichten, können:

- a) ein Alternativangebot besuchen (falls diese Möglichkeit angeboten wird);
- b) sich unter Aufsicht eigenständig beschäftigen (falls diese Möglichkeit angeboten wird);
- c) während der Stunden des Religionsunterrichtes die Schule verlassen. Die Erziehungsberechtigten übernehmen in dieser Zeit die Verantwortung und Aufsicht für ihr Kind und holen es persönlich in der Schule ab (schriftliche Erklärung).

Die endgültige Entscheidung trifft die Schule; die Eltern werden schriftlich informiert, was für ihr Kind angeboten wird.

1.9 Befreiung vom Turnunterricht

Auf Antrag der Eltern und aufgrund eines ärztlichen Zeugnisses kann der Direktor den Schüler vom Turnunterricht zeitweilig oder für das ganze Schuljahr befreien. Die befreiten Schüler müssen anwesend sein und können als Helfer in das Unterrichtsgeschehen eingebunden werden.

1.10 Pause

Die Pause dauert 20 Minuten.

Für genesende Kinder wird ein Aufsichtsdienst im Schulhaus organisiert. Die Eltern sind aufgefordert, den Lehrern mitzuteilen, wenn ihre Kinder diese Betreuung in Anspruch nehmen wollen.

Die Aufsicht während der Pause wird einer Lehrperson im Dienstplan zugeteilt, welche maximal 25 Kinder beaufsichtigen darf. Die Lehrpersonen sind gemeinsam für alle Schüler verantwortlich, nicht nur für die Schüler ihrer Klasse.

Das Ballspielen ist auf dem Pausenhof der Grundschule Bruneck „Josef Bachlechner“ grundsätzlich verboten.

Während der Pause darf kein Kind den Schulbereich verlassen.

Jede Schule erstellt eine eigene Pausenordnung; die Schulkonferenzen treffen Vereinbarungen, wie die Aufsicht vor Ort im Detail organisiert wird.

1.11 Unterrichtsschluss

Die Klassen verlassen geschlossen das Schulhaus. Die Schüler werden dabei von jenen Lehrpersonen beaufsichtigt, die in der letzten Stunde unterrichten.

Die Aufsichtspflicht der Lehrpersonen endet, sobald die Kinder das Schulhaus verlassen haben.

1.12 Rauchverbot

Im gesamten Schulgebäude gilt Rauchverbot. Im Sinne der Gesundheitserziehung und im Rahmen der Schulautonomie wird das Rauchverbot im Schulhof und in den anderen offenen Bereichen der Schule bestätigt.

Dabei finden die staatlichen Bestimmungen zum Rauchverbot laut Artikel 51 des Gesetzes vom 16. Jänner 2003, Nr. 3 und des Dekretes des Ministerpräsidenten vom 23. Dezember 2003, Anwendung.

1.13 Mobiltelefone und Computerspiele

Der Gebrauch von Mobiltelefonen, Gameboys u. ä. ist in der Schule untersagt.

Während des Unterrichts, der Sitzungen von Kollegialorganen und der Sprechstunden dürfen die Mobiltelefone nicht eingeschaltet bleiben.

1.14 Zutritt zu den Klassen – Störung des Unterrichts

Jede Störung des Unterrichts ist strengstens untersagt. Nur mit Genehmigung der Schuldirektorin dürfen Außenstehende die Klassen während des Unterrichts betreten.

Auch in der unterrichtsfreien Zeit ist der Zutritt zu den Klassen verboten.

1.15 Erhaltung und Schonung der Schule und der Ausstattung

Zu den selbstverständlichen Pflichten des Schülers gehört es, dass er Anlagen, Räumlichkeiten, Einrichtung und Medien der Schule schonend behandelt, auf Ordnung und Sauberkeit achtet. Für mutwillig angerichtete Schäden haften die Schülereltern. Verlorene Bücher müssen ersetzt werden.

Fahrräder und Roller müssen in den Hof geschoben und dürfen auf dem Schulgelände nicht benützt werden. Sie sind so abzustellen, dass sie den Zugang zum Schulgebäude nicht behindern. Die Weisungen der Schülerlotsen sind zu befolgen.

Die Schüler betreten die Klassenräume mit Hausschuhen; in der Turnhalle sind ausschließlich Turnschuhe erlaubt, die keine Striche hinterlassen.

Die Schule übernimmt für die im Schulhof abgestellten Fahrräder und in den Garderoben abgelegten Kleidungsstücke sowie für die darin verwahrten Wertgegenstände keine Haftung.

1.16 Empfehlungen

- Mit dem Fahrrad zur Schule

Der Schulrat empfiehlt, die Kinder erst ab der 3. Klasse mit dem Fahrrad in die Schule zu schicken, da die jungen Schüler die Gefahren des Verkehrs noch nicht richtig einschätzen können. Unerlässlich ist das Tragen des Fahrradhelmes

- Umgangsformen

Die Kinder mit höflichen Umgangsformen vertraut zu machen, ist eine wichtige Aufgabe von Eltern und Lehrern; dazu gehört auch der Gruß, wobei auch Kinder das Recht auf die Erwiderung des Grußes durch Erwachsene haben.

1.17 Anpassung der Schul- und Dienstordnung an die örtlichen Verhältnisse

Die Kollegien jeder Schule passen die Sprengelschul- und -dienstordnung den örtlichen Verhältnissen an. Insbesondere ergänzen sie die Richtlinien hinsichtlich der Pause und der Empfehlungen zur Verwendung von Schulsachen.

1.18 Vertretung der Schule nach außen

Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde Bruneck und den örtlichen Geldinstituten

Die Schuldirektorin ist alleinige Ansprechpartnerin für die Verwaltung der Stadtgemeinde Bruneck. Für alle Angelegenheiten, die mit der Stadtverwaltung abgesprochen und koordiniert werden müssen, ist sie zuständig. Das gleiche gilt für die Zusammenarbeit mit den örtlichen Geldinstituten.

